



COP der Wahrheit?

Die Klimakonferenz COP30 in Belém zwischen gebrochenen Versprechen und neuen Allianzen

von Lea Kammler, Anna Fünfgeld, Stefan C. Aykut, Jan Wilkens und Eduardo Gonçalves Gresse

Vom 10. bis 21. November 2025 fand die 30. UN-Klimakonferenz (COP30) im brasilianischen Belém statt. Als zentrale Plattform globaler Klimapolitik sollte die COP30 zehn Jahre nach Paris die Umsetzung der Klimaziele vorantreiben und den „Geist von Rio“ wiederbeleben.

An der Konferenz nahmen mehr als 56.000 Vertreter:innen von Regierungen aus 193 Ländern und der EU sowie weitere Vertreter:innen von internationalen Organisationen, der Zivilgesellschaft, indigenen Gemeinschaften, Wirtschaftsverbänden sowie mehr als 1.600 Lobbyist:innen für fossile Brennstoffe teil. Die brasilianische Präsidentschaft versprach eine „COP der Umsetzung und der Wahrheit“, geleitet von einem globalen „*Mutirão*“ – einer kollektiven Mobilisierung für den Klimaschutz.

Zentrale Verhandlungsthemen waren eine Roadmap zur Abkehr von fossilen Energien, die Operationalisierung von Just Transition, neue Indikatoren für Klimaanpassung sowie die Aufstockung von Klimafinanzierung.

Das offizielle Ergebnisdokument der COP30 enthält keine konkrete Nennung der Abkehr von fossilen Energieträgern und bleibt somit hinter den Erwartungen zurück. Im Globalen Süden wurde enttäuschend aufgenommen, dass es zwar ein vages Bekenntnis zur Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung gab, aber ohne konkreten Umsetzungsplan und mit Zieldatum in 2035, also in weiter Ferne. Als Erfolg wird dagegen der Beschluss zur Einrichtung eines Just Transition Mechanisms gewertet, für den sich besonders zivilgesellschaftliche Gruppen eingesetzt haben. Dass überhaupt ein Abschlussdokument verabschiedet wurde, ist angesichts der zahlreichen Blockaden als fragiler Erfolg multilateraler Zusammenarbeit zu werten. Neue Impulse werden in Zukunft wohl auch außerhalb der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) zu suchen sein. So organisieren beispielsweise Kolumbien und die Niederlande für April 2026 die erste „*International Conference on the Just Transition Away from Fossil Fuels*“.

Zehn Jahre nach dem „[Versprechen von Paris](#)“, den Klimawandel gemeinschaftlich auf 1,5°C bis deutlich unter 2°C zu begrenzen, sollte die 30. Klimakonferenz (COP30) vom 10.–21. November 2025 im brasilianischen Belém erneut ein historischer Moment werden. Die Wahl Beléms als Austragungsort war eine politische Botschaft: Brasilien wollte die globale Aufmerksamkeit in die Amazonasregion lenken, um einen symbolischen

Gegenpol zur geopolitisch angespannten Weltlage und den konzertierten Attacken auf multilaterale Institutionen zu setzen, und zugleich seine Rolle als Brückenbauer zwischen verschiedenen geopolitischen Blöcken zu reaktivieren. Brasilien versprach eine „COP der Umsetzung und der Wahrheit“, geleitet von einem globalen „*Mutirão*“ – einer kollektiven Mobilisierung für den Klimaschutz.

Nach drei aufeinanderfolgenden COPs in autoritär regierten Staaten markierte diese Klimakonferenz eine sichtbare Rückkehr zivilgesellschaftlicher Mobilisierung. So waren insbesondere indigene Gruppen so präsent wie bei keinem Klimagipfel zuvor. Getrübt wurde die aufkommende Hoffnung allerdings schon im Vorfeld der COP durch die anhaltende Diskrepanz zwischen Worten und Taten, wie sie sich etwa bei der Vorlage neuer nationaler Klimapläne (nur **64 neue NDCs wurden bis Ende September** und weitere **22 knapp vor Beginn der COP vorgelegt**) und bei Zusagen zur Klimafinanzierung (**statt einer Erhöhung wurde zuletzt lediglich das Niveau von 2022 gehalten**) zeigten. Diese „Gaps“ unterminieren zentrale Versprechen des Post-Paris-Prozesses – das Erreichen der Klimaneutralität und die Begrenzung der Klimaerwärmung durch schrittweise Ambitionssteigerung und solidarische Finanzierung. Hinzu kam der erneute Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen und der systematische Rückbau von Klimaschutz und -wissenschaften unter US-Präsident Trump, sowie ein nationalistischer und anti-ökologischer Backlash in vielen Teilen der Welt. Demgegenüber betonten eine Reihe von klimabezogenen Rechtsgutachten internationaler Gerichte wie des Internationalen Gerichtshof (IGH) die rechtliche Verbindlichkeit der Klimaziele, während wissenschaftliche Berichte die **dramatischen Konsequenzen einer Verfehlung dieser Ziele** und die **Unabdinglichkeit der Abkehr von fossilen Energieträgern** zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels dokumentieren.

Dennoch endete die COP30 fast ohne ein konsensuales Abschlussdokument. Insbesondere die Aufnahme einer Roadmap zum Ausstieg aus fossilen Rohstoffen war bis zuletzt hoch umstritten. Die Idee solcher Roadmaps zu fossilen Energien und einem Stopp der Entwaldung **hatte Präsident Lula persönlich ins Spiel gebracht**. Dank der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen, sowie der expliziten Unterstützung von mehr als 80 Staaten aus dem Globalen Süden und Globalen Norden **in der zweiten Woche der COP**, schien die Idee zwischenzeitlich an Momentum zu gewinnen. Dennoch endete die COP30 mit einer Entscheidung, die keine konkrete Nennung der Abkehr von fossilen Energieträgern beinhaltet und damit hinter den Erwartungen zurückblieb. Grund hierfür war die **Blockade** von insgesamt 29 Ländern, darunter Saudi-Arabien, Russland und Indien. Eine konkretere Fokussierung auf den Ausstieg wird nun mit Unterstützung der COP30 Präsidentschaft außerhalb der UN-Klimarahmenkonvention

(United Nations Framework Convention for Climate Change, UNFCCC) verortet, unter anderem durch eine gemeinsam von Kolumbien und den Niederlanden ausgerichtete „*First International Conference on the Just Transition Away from Fossil Fuels*“ im April 2026. Inwiefern dieser Fahrplan den Ausstieg vorantreiben kann, bleibt abzuwarten.

Vom Rio-Moment zur „promissory legitimacy“ des Pariser Abkommens

Brasilien trat die COP30-Präsidentschaft mit dem Versprechen einer Wiederbelebung des „**Geistes von Rio**“ an, jenes historischen Moments von 1992, als auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung die UN-Klimarahmenkonvention, sowie zwei weitere Abkommen zur Biodiversität und Desertifikation ins Leben gerufen wurden. Präsident Lula griff diese Tradition in seiner Eröffnungsrede auf und versprach, dass Belém die Begeisterung und den Optimismus jener Tage zurückbringen würde. Dieses Versprechen war mehr als Rhetorik – es war ein Versuch, das internationale Klimaregime durch die Erneuerung seiner „**promissory legitimacy**“ zu stabilisieren: Dessen Legitimität beruht seit dem Pariser Abkommen ganz zentral nicht primär auf bereits erzielten Erfolgen, sondern vor allem auf **Versprechen zukünftiger Handlungen und dem positiven Narrativ** fortschreitender globaler Transformationen.

Die diesjährige Klimakonferenz fand zu Zeiten eines **erodierenden Klimaregimes** statt. Mit dem Ausstieg der USA entzieht sich einer der historisch größten Emittenten der Verantwortung, Klimaschutz voranzutreiben und Klimaanpassung zu fördern und mitzufinanzieren. Das Erbe der COPs der vorangegangenen Jahre erhöhte den Druck auf die brasilianische Präsidentschaft. So endete die COP28 in Dubai zwar zum ersten Mal mit einem Bekenntnis zu einer Abkehr aus fossilen Energien, ohne aber konkrete Umsetzungsschritte festzulegen, und wurde somit wahlweise als „**historisch oder als „historisches Versagen“** angesehen. Die COP29 in Baku setzte einen neuen Tiefpunkt: keine Einigung zur Umsetzung des Global Stocktake, Blockaden im Arbeitsprogramm zur Emissionsminderung, und ein neues Klimafinanzierungsziel (**NCQG**), das die Klimafinanzierung auf 300 Milliarden US-Dollar bis 2035 erhöhen soll – das liegt deutlich unter der von Ländern des Globalen Südens benötigten 1,3 Billionen US-Dollar jährlich.

Der „*Call of Belém for the Climate*“ der beim Gipfeltreffen veröffentlicht wurde, versprach zumindest konkrete Fortschritte in mehreren Bereichen: eine Roadmap zur Aufstockung der Klimafinanzierung auf 1,3 Billionen US-Dollar, die Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung, eine Vereinbarung zu gerechten Transitionen (Just Transitions), und einen verbindlichen Plan zur Beendigung der globalen Entwaldung bis 2030. In seiner **Eröffnungsrede** stellte Lula die COP30 in den Kontext globaler Ungerechtigkeit: Er wies darauf hin, dass die 1,3 Billionen US-Dollar, die für die Bewältigung der Klimakrise benötigt werden, weniger als die jährlichen globalen Militärausgaben von über 2,7 Billionen US-Dollar seien. Bereits vor der offiziellen Eröffnung der COP30, rief Präsident Lula zudem die **Tropical Forest Forever Facility (TFFF)** als ein neues multilaterales Instrument zum internationalen Waldschutz ins Leben.

Doch die strukturellen Grenzen der Klimagovernance im Rahmen der Vereinten Nationen wurden schnell deutlich. Der ambitionierte Versuch, die Verhandlungen bereits am Mittwoch der zweiten Konferenzwoche abzuschließen – zwei Tage vor dem offiziellen Ende – scheiterte an fundamentalen Interessenskonflikten.

Zentrale Konfliktlinien und Blockaden

Die COP30 offenbarte kaum überbrückbare Gegensätze zwischen verschiedenen Ländergruppen. Im Zentrum der Verhandlungen stand weiterhin die Frage nach der gerechten Verteilung von Lasten und Verantwortungen in der Klimakrise. Hinzu kamen zunehmend auch konkrete Fragen der Umsetzung der Klimaziele des Pariser Abkommens.

Besonders deutlich traten die Positionen in den Konsultationen der COP-Präsidentenschaft zu NDCs, Transparenzberichten, Klimafinanzierung, unilateralen Handelsmaßnahmen (Unilateral Trade Measures, UTM) zutage. Diese führten zwar zu einem besseren Verständnis der unterschiedlichen Positionen, aber nicht zu konkreten Durchbrüchen. Die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer bei den Vereinten Nationen (G77+China) betonten dabei konsequent das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten und forderten die vollständige Implementierung von Artikel 9.1 des Pariser Abkommens, der die Länder des Globalen Nordens zur Bereitstellung von Klimafinanzierung verpflichtet. Hinter dieser vordergründigen Einigkeit zeigten sich aber Risse,

die das Formulieren gemeinsamer Positionen des mächtigen Länderblocks zunehmend erschwerten.

Einerseits warnten die Like-Minded Developing Countries (LMDCs) – bestehend aus 24 Staaten aus Asien, Afrika und Lateinamerika – und die arabische Gruppe vor Versuchen, die Architektur des Pariser Abkommens zu verändern und die Verantwortung für Klimaschutz auf die Länder des Globalen Südens abzuwälzen. Betont wurde dabei die in Rio 1992 vorgenommene Teilung der Welt in Annex 1 und Annex 2 Länder – das entspricht grob gesehen den Ländern des Globalen Nordens und des Globalen Südens – wobei nur erstere Verpflichtungen zur Reduktion der Emissionen haben, während bei Letzteren das Recht auf Entwicklung im Vordergrund steht. Verweise auf verstärkte Überprüfungsmechanismen von nationalen Klimabeiträgen (NDCs) in Bezug auf den Ausstieg aus fossilen Energien, wurden abgelehnt und stattdessen auf Diskussionen über unilaterale Handelsmechanismen (UTMs) gedrängt. Damit sind nationale Maßnahmen zum Klimaschutz gemeint, die als Handelsbeschränkungen gelten können und sich auf die wirtschaftliche Entwicklung anderer Länder auswirken. In dieser Frage zeigte sich eine zunehmende Fragmentierung des Bündnisses G77+China. Zwischen den beiden Gruppen positionierte sich die afrikanische Gruppe, die vor allem unterstrich, dass ohne angemessene Klimafinanzierung die von ihnen geforderten Klimaschutzmaßnahmen nicht umsetzbar seien.

Die EU, Großbritannien, Norwegen und weitere Länder des Globalen Nordens bremsten hingegen Diskussionen zu Finanzierungsverpflichtungen – etwa für ein Arbeitsprogramm zu Artikel 9.1 oder nach einer Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung – und versuchten stattdessen, den Fokus auf „Ambition“ und „Implementierung“ zu lenken, und so insbesondere große Länder des Globalen Südens stärker in die Pflicht bei Emissionsreduktionen zu nehmen. EU-Staaten setzten sich zudem stark für den Ausstieg aus fossilen Energien ein. Dies wurde seitens einiger Länder des Globalen Südens sowie seitens zivilgesellschaftlicher Akteur:innen, die darauf hinwiesen, dass gleichzeitig viele EU-Staaten eigene Klimaziele systematisch verfehlten und insbesondere im Ausland auch **fossile Projekte** förderten, als Doppelmoral kritisiert.

Besonders kontrovers war die Debatte um unilaterale Handelsmaßnahmen, insbesondere den EU-Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM). Während die arabische Gruppe, die

Like-Minded Developing Countries (LMDCs) und die Gruppe afrikanischer Staaten diese Maßnahmen als protektionistische Instrumente kritisierten, verteidigte die EU den CBAM als notwendige Umweltmaßnahme gegen Verlagerung von CO₂-Emissionen und wies den Vorwurf zurück, dass es sich dabei um eine unilaterale Handelsmaßnahme handele. Mit Verweis auf die Zuständigkeit der Welthandelsorganisation (WTO) lehnte die EU es zunächst ab, Handelsmaßnahmen im UNFCCC-Kontext zu diskutieren. Damit ist ein Problemkomplex angesprochen, der über die nächsten Jahre sicherlich noch an Bedeutung gewinnen wird und bereits in anderen UN-Gremien, wie beispielsweise dem Financing for Development Forum der Vereinten Nationen, diskutiert wird: Wie kann die Klimatransformation so umgesetzt werden, dass einerseits die inländische Industrie geschützt und gesellschaftliche Unterstützung gesichert wird, sich andererseits aber globale Ungleichheiten nicht noch weiter vertiefen? Diese Frage birgt in einer zunehmend fragmentierten Welt erhebliche Sprengkraft. Die Entscheidung zum *Mutirão* sieht daher auch vor, drei „Dialoge“ zum Nexus Handel und Klima während der Zwischen-COPs in Bonn 2026, 2027 und 2028 abzuhalten.

Teilerfolg zu Just Transition: Ein gerechter Übergang, aber wohin?

Die Verhandlungen zum Arbeitsprogramm für einen gerechten Übergang (*Just Transition*) zeigten exemplarisch die Spannungen zwischen verschiedenen Verständnissen von Klimagerechtigkeit und Transformation, sowie von der Rolle der Zivilgesellschaft und geeigneten institutionellen Formaten zur Begleitung von Übergängen.

Die G77+China schlugen mit dem Just Transition Mechanism einen institutionalisierten Mechanismus vor, der als permanente Struktur technische Unterstützung leisten, internationale Kooperation fördern, Partnerschaften unterstützen und Implementierungslücken bewerten sollte. Dieser Vorschlag spiegelte in einigen wesentlichen Punkten Ziele des **Belém Action Mechanism for a Just Transition (BAM)** wider, für das sich zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit unter der Leitung des Climate Action Networks (CAN) in den letzten zwei Jahren eingesetzt haben. Der Vorschlag sah vor, eine Koordinierungsstelle, in Form eines Global Hubs als Wissens- und Informationsplattform sowie ein Helpdesk zu schaffen. Zudem sollten auch zivilgesellschaftliche Organisationen einen Platz am Verhandlungstisch erhalten.

Doch Länder des Globalen Nordens – allen voran Kanada, Australien, Norwegen, Großbritannien und die EU – zeigten sich skeptisch gegenüber der Schaffung neuer Institutionen. Sie argumentierten, dass die Etablierung neuer Mechanismen zu lange dauere, es dabei zu Dopplungen kommen und damit Zeit verloren gehen würde. Stattdessen schlug die EU vor, existierende Strukturen zu stärken, u.a. im Rahmen eines Transition Action Plans – eine Position, die von vielen Ländern und insbesondere zivilgesellschaftlichen Gruppen als unzureichend zurückgewiesen wurde.

Besonders umstritten war auch hier die Frage des Energiesektors und der Abkehr von fossilen Energieträgern. Während ein breites Bündnis aus zuletzt **83 Ländern**, darunter die EU, UK, Brasilien, Kolumbien, Kenia, die Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) und die Environmental Integrity Group (EIG) auf einem expliziten Bekenntnis zu „transitioning away from fossil fuels“ bestanden und dies mit dem 1,5°C-Ziel verknüpften, argumentierten die Like-Minded Developing Countries (LMDCs), die arabische Gruppe und Russland, dass dies einen einseitigen Fokus auf Emissionsminderung darstellen würde. Sie betonten, dass fossile Energieträger für viele Länder des Globalen Südens ein zentrales Mittel für Energiesicherheit und Armutsbekämpfung bedeuten und dass ein gerechter Übergang nicht ohne massive finanzielle Unterstützung möglich sei. Statt eines „einseitigen“ Fokus auf fossile Energien sollten lediglich die Formulierungen des Pariser Abkommens verwendet werden. Damit stellte dieser Block – in dem sich insbesondere Saudi-Arabien und andere arabische Staaten als zentraler Akteur:innen hervortaten – auch den in Dubai gefundenen Kompromiss zur Abkehr von fossilen Energieträgern als Evaluierungsmechanismus des globalen Stocktake wieder infrage.

Weitere Konfliktlinien zeigten sich bei Fragen der menschenrechtlichen Absicherung: Kuba und die afrikanische Gruppe forderten die Aufnahme des „rights for development“ und sprachen sich gegen die Formulierung eines „human-rights based approach“ aus, während Russland, Paraguay, Argentinien, Iran und der Vatikan versuchten, den Begriff „Geschlechtergleichstellung“ durch „Gleichstellung zwischen Frauen und Männern“ zu ersetzen – ein Vorstoß, der insbesondere von Unabhängigen Verband Lateinamerikas und der Karibik (AILAC) und der EIG als Rückschritt bei gender-basierten Ansätzen zurückgewiesen wurde.

Zum Ende der Verhandlungen wurde unter Applaus die Schaffung eines Just Transition Mechanism be-

schlossen. Dies wurde von vielen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen als Erfolg gefeiert und galt als einer der Lichtblicke der COP30, auch weil so die Rechte von Arbeiter:innen, indigenen Völkern und marginalisierten Gruppen gestärkt werden. Die Frage der institutionellen Verankerung und insbesondere der Finanzierung blieb jedoch ungeklärt. So wurde die konkrete Operationalisierung des Mechanismus auf Juni 2026 im Zuge der 64. Sitzung der UNFCCC Subgliederungen ([SB64](#)) in Bonn vertagt. Weiterhin stellt der fehlende Bezug auf den Ausstieg aus fossilen Energien den Anwendungsrahmen und damit letztlich auch die Finalität eines solchen Mechanismus insgesamt in Frage.

Anpassung: Unklare Indikatoren ohne Finanzierung

Die Verhandlungen zur Anpassung – unter anderem zu neuen Indikatoren und zu einem neuen globalen Ziel (*Global Goal on Adaptation*, GGA) sollten ein zentrales Ergebnis der COP30 sein. Doch auch hier zeigten sich fundamentale Blockaden im Prozess. Während technisch intensiv an Indikatoren gearbeitet wurde, blieb die entscheidende Frage der Finanzierung weitgehend unbeantwortet.

Indikatoren sollen Anpassung überprüfbar machen und damit die Chancen auf Finanzierung erhöhen. Im Vorfeld kürzte ein Expert:innengremium im Rahmen eines zweijährigen Prozesses eine vorläufige Liste von ungefähr 10.000 möglichen auf 100 Indikatoren. Botswana, für die Gruppe afrikanischer Staaten, äußerte allerdings erhebliche Bedenken gegenüber der letztlich vorgeschlagenen [Indikatorenliste](#) und forderte stattdessen einen zweijährigen „policy alignment process“, der 2027 beschlossen werden soll. Die vorliegenden sehr detaillierten Indikatoren würden die nationale Souveränität verletzen, den nationalen Verwaltungsaufwand erhöhen und zusätzliche finanzielle Mittel beanspruchen. Einige zivilgesellschaftliche Akteur:innen aus afrikanischen Staaten beklagten zudem, dass die Indikatoren zu abstrakt seien und keine ausreichend ergebnisorientierten Maßnahmen zur Umsetzung von Anpassung lieferten.

Eine zentrale Forderung aus einem Vorschlag der LDCs unterstützt von der AOSIS, AILAC, Grupo Sur und der Gruppe afrikanischer Staaten war die Verdreifachung der Anpassungsfinanzierung auf 120 Milliarden US-Dollar bis 2030. Dies wurde von der EU und der Environmental Integrity Group mit Verweis auf die in Baku getroffenen Vereinbarung zum neuen quantifizierten Ziel der

Klimafinanzierung (NCQG) abgelehnt. Der letztlich verabschiedete Kompromiss sieht vor, dass die jährlichen Geldflüsse für Anpassung „bis 2035“ verdreifacht werden sollen – ohne aber ein konkretes Basisjahr zu nennen oder zu spezifizieren, wer diese Mittel bereitstellen oder wie diese Summe erreicht werden soll.

Das Ergebnis der COP30 war ein umfangreicher Indikatorenrahmen ohne klare Maßgaben für die Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung – ein weiteres Beispiel für die Rhetorik der „Implementierung“ ohne substanziale Unterstützung. Allerdings verlagert die verabschiedete Indikatorenliste die Verpflichtungen auf all jene, die am wenigsten für die Klimakrise verantwortlich sind.

Die Rolle Deutschlands und der EU

Die EU-Position war geprägt von Widersprüchen: Einerseits forderten die EU-Staaten höhere Ambition von allen Ländern und verwiesen auf die Dringlichkeit des 1,5°C-Ziels sowie die Abkehr von fossilen Energieträgern. Andererseits wurden in Europa zeitgleich Regelungen zu Klimaschutz zurückgefahren und in den Verhandlungen durch europäische Delegierte Diskussionen zur Erhöhung der Klimafinanzierung blockiert. Auch Diskussionen über unilaterale Handelsmaßnahmen im UNFCCC-Kontext lehnte die EU ab.

Besonders kritikwürdig ist die EU-Haltung zur Klimafinanzierung. Während das neue globale Finanzierungsziel von 2024 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2035 vorsieht, fehlt bisher jeglicher Plan, wie selbst diese unzureichende Summe erreicht werden soll. Auch, wie die angestrebte Aufstockung der Klimafinanzierung auf 1,3 Billionen im Rahmen der „Baku to Belém Roadmap“ unter anderem durch die Mobilisierung privaten Kapitals gelingen soll, bleibt bisher unklar. Vor diesem Hintergrund ist problematisch, dass u.a. die deutsche Bundesregierung Verhandlungen über neue finanzielle Zusagen und konkrete institutionelle Mechanismen für Klimafinanzierung ausbremste. Neben einer Zusage über 60 Millionen Euro zum UN-Anpassungsfond, betraf eine der wenigen konkreten Ankündigungen die Tropical Forests Forever Facility (TFFF): Deutschland sagte hier eine Milliarde Euro zu, welche in einem Zeitraum von zehn Jahren aus dem Entwicklung- und Umweltetat fließen soll. Das ist weniger als die Hälfte der [von Zivilgesellschaft und Umweltverbänden geforderten 2,5 Milliarden Euro](#). Damit wird Deutschland nach Norwegen zum zweitgröß-

ten Finanzier des neuen Mechanismus, der ein zentrales Projekt der brasilianischen Präsidentschaft war. Indonesien hat ebenfalls eine Milliarde zugesagt.

Beschädigt wurde die Glaubwürdigkeit deutscher und europäischer Forderungen nach einer konsequenten Umsetzung von Transformation durch den zeitgleich zur COP stattfindenden **Abbau zentraler EU-Nachhaltigkeitsregelungen**. Diese wurden im EU-Parlament durch die europäische Volkspartei mit Unterstützung rechtsextremer Fraktionen vorangetriebenen. Darüber hinaus brüsikierte **Bundeskanzler Merz** die brasilianische Öffentlichkeit, als er kurz nach seiner Rückkehr nach Deutschland erklärte, dass Belém ein Ort sei, von dem alle froh wären, wieder wegzukommen.

Die Frage der UTM – insbesondere des CBAM – wurde zum Kristallisierungspunkt von Debatten auf der COP30. Während die EU den CBAM als Umweltmaßnahme verteidigte, wiesen viele Länder des Globalen Südens vehement auf dessen protektionistischen Charakter und die Gefahr hin, dass der CBAM ihr Recht auf Entwicklung einschränken und Bemühungen zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung behindern würde.

Das uneingelöste Versprechen von Belém

Die COP30 offenbarte die tiefe Krise des Klimamultilateralismus, aber auch den Versuch, inner- und außerhalb der existierenden Strukturen neue Wege zu gehen. Während wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass das Erreichen der Netto-Null-CO₂-Emissionen bis 2050 bei derzeitigen Trends **nicht plausibel ist**, wird der multilaterale Prozess durch rückläufige Tendenzen geschwächt: nationalistische Politik und anti-ökologischer **Backlash**, das Festhalten an fossil getriebenen Wirtschaftsmodellen und das unzureichende Engagement historisch verantwortlicher Staaten, angemessene Klimafinanzierung bereitzustellen.

In den Verhandlungen zu Forschung und systematischer Beobachtung weigerten sich Länder wie Saudi-Arabien, Indien und Russland, die Rolle des IPCC als „best available science“ für die Klimaverhandlungen anzuerkennen – und folgten damit einem **inzwischen etablierten Muster**. Mehrere Länder – darunter Chile, Australien, Bangladesch, Neuseeland, UK und Kanada – äußerten ihre Enttäuschung darüber, dass in den Schlussfolgerungen kein Verweis auf die „IPCC as the best available science“ enthalten war. Stattdessen wurde der

Vermerk hinzugefügt, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse des IPCC vor allem im Globalen Norden produziert wurden.

Die strukturellen Probleme des UNFCCC-Prozesses wurden ebenfalls deutlich: Das Konsensprinzip ermöglicht es einzelnen Ländern oder kleinen Gruppen, substanzelle Fortschritte zu blockieren. Die fragmentierte Agenda führt dazu, dass Querverbindungen zwischen Themen entweder gar nicht oder nur mühsam hergestellt werden können. Verschiedene Verhandlungsstränge werden gegeneinander ausgespielt, gezielt verzögert oder zur Verhandlungsmasse in übergreifenden „Deals“. Die Dominanz von Verfahrensfragen verdrängt dabei häufig inhaltliche Diskussionen. Stattdessen werden oft unverbindliche Initiativen und isolierte Ankündigungen **als entscheidende Durchbrüche inszeniert**. Verschiedene zivilgesellschaftliche Vertreter:innen und akademische Beobachter:innen fordern daher schon lange eine Reform der UNFCCC – von **Konsens- zu Mehrheitsentscheiden**. Da diese jedoch wiederum über eine Konsensescheidung herbeigeführt werden müssten, erscheint ein solcher Weg nur schwer umsetzbar.

Gleichzeitig wächst die Einflussnahme von Wirtschaftsakteur:innen, die primär an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert sind. Der massive Lobby-Einfluss der **Fossil- und Agrarindustrie** – trotz der nominellen Verpflichtung zur Abkehr „aus fossilen Energien“, festgehalten im ersten Bechluss des Global Stocktake in Dubai – untergräbt den Prozess von innen.

Die COP30 lieferte auch ein mächtiges Symbol für den Stand globaler Klimapolitik. Der Brand in einem Pavillon in der Blue Zone am offiziell vorletzten Verhandlungstag, der zu einer vollständigen Evakuierung führte, wurde zu einem unfreiwilligen Symbol für die tiefen Widersprüche zwischen dem zähen business-as-usual in den Verhandlungen und der zunehmenden Dringlichkeit der Klimakrise sowie die sich gegen Ende der ersten Verhandlungswoche zunehmend verdeutlichenden Blockaden in vielen Themenbereichen.

Neue Allianzen und kommende Herausforderungen

Die COP30 führte aber auch zu neuen Allianzen zwischen Staaten des Globalen Nordens, des Globalen Südens und der Zivilgesellschaft. Beispielhaft steht hierfür die Initiative Kolumbiens, der Niederlandes und weiterer Staaten – darunter

Deutschland –, die erste internationale Konferenz zur gerechten Abkehr von fossilen Energieträgern im April 2026 in Kolumbien auszurichten. Diese gilt als Antwort auf das Scheitern einer Roadmap zur Abkehr von fossilen Energieträgern in das Abschlussdokument aufzunehmen und damit einen gemeinsamen Konsens zu beschließen.

Die Tatsache, dass überhaupt über Klimagerechtigkeit, historische Verantwortung und strukturelle Transformation verhandelt wird, ist vor allem ein Erfolg jahrzehntelanger Arbeit sozialer Bewegungen – darunter Gewerkschaften, indigene Gemeinschaften, feministische und Jugendbewegungen, Umweltaktivist:innen, Aktivist:innen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und andere Basisbewegungen. Bei dem zivilgesellschaftlich organisierten **Cupúlas dos Povos** (Gipfel der Zivilgesellschaft) und zahlreichen Protestveranstaltungen von insbesondere indigenen Gruppen vereinten sich zivilgesellschaftliche Bewegungen, um ein starkes Signal an die Staatenvertreter:innen, zu senden. Die Frustration über das in weiten Themenbereichen unzureichende Ergebnis wurde insbesondere im Zuge der People's Plenary am vorletzten Verhandlungstag deutlich.

Die Wahrheiten, die in Belém sichtbar wurden, sind unbequem: Das internationale Klimaregime versagt derzeit daran, die notwendigen sozial-ökologischen

Transformationen herbeizuführen. Nicht weil die Lösungen unbekannt wären, sondern weil eng gefasste nationale politische Interessen dominieren. Einerseits blockiert die Achse erdölexportierender und Staaten mit fossilen Wirtschaftsmodellen mit neu gefundenem Selbstbewusstsein jegliche Diskussion über die Ursachen der Klimakrise. Andererseits sind finanzielle Ressourcen und Transformationsmöglichkeiten weiterhin äußerst ungleich verteilt und jene Staaten, die am meisten zur Krise beigetragen haben bzw. beitragen, entziehen sich ihrer historischen Verantwortung. So wurde das Versprechen von Belém – die Wiederbelebung des Geistes von Rio – nicht eingelöst. Dennoch zeigte die COP30, dass Bewegung auch jenseits der Klimarahmenkonvention möglich ist, etwa in Fragen des Ausstiegs aus fossilen Energien und dem Schutz tropischer Wälder. Neben der COP31, die nach langem Ringen unter australischer Präsidentschaft der Verhandlungen in der Türkei stattfinden wird, sollte der Blick daher im nächsten Jahr auch auf die Vielzahl anderer Arenen gelenkt werden – von der Konferenz zum Ausstieg aus fossilen Energien in Kolumbien im April bis zur Wiederaufnahme von Gesprächen im Rahmen der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) – in denen Fragen des Klimawandels, des Übergangs zur Klimaneutralität und der (mehr oder weniger) gerechten Umsetzung von Transformationen verhandelt werden.

Impressum

COP der Wahrheit? Die Klimakonferenz COP30 in Belém zwischen gebrochenen Versprechen und neuen Allianzen

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.
Königstraße 37a, 53115 Bonn
Tel. 0228 96 50 510, europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org
Kontakt: Sarah Ganter

Autor*innen: Lea Kammler, Anna Fünfgeld, Stefan C. Aykut, Jan Wilkens & Eduardo Gonçalves Gresse

Redaktion: Sarah Ganter und Bodo Ellmers

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, Dezember 2025

Die Publikation basiert auf Erkenntnissen, die im Rahmen des CSSN finanzierten Forschungsprojektes „ClimaCOP2“ mit Wissenschaftler:innen aus Frankreich, Deutschland und Brasilien erhoben wurden. Die Forschung wurde zudem durch das Exzellenzcluster „CLICCS – Klima, Klimawandel und Gesellschaft“ (EXC 2037) und das DFG Humanities Centre for Advanced Studies „Futures of Sustainability“ gefördert.

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „Die Agenda 2030 in der zweiten Halbzeit“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.